

15. Mai 2007

## Verfassungsinitiative "JA, Bildungsvielfalt für alle" in BL

### Stellungnahme der *elternlobby* zum Positionspapier des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland

Schwarz: Positionen des LVB (Lehrerinnen und Lehrervereins BL)

*Rot kursiv: Antworten der elternlobby schweiz und Initianten der Verfassungsinitiative*

#### 1. Kein vernünftiger Autobauer...

Die von der Initiative angestrebte Neuordnung der Schulfinanzierung soll nicht, wie der Text meint, ins "Schulgesetz" (BL: "Bildungsgesetz"), sondern direkt in die Kantonsverfassung. Das ist staatspolitisch noch verheerender und planerisch unsinnig. Kein vernünftiger Autobauer würde sich, zum Beispiel, an die serienmässige Ausfertigung eines Fahrzeugs machen, ohne vorher Aufwand, Praktikabilität und Absatzchancen in Prototypen exakt geprüft zu haben. Eine solche Planung in die blanke Luft hinaus verlangt aber die angestrebte Verfassungsänderung.

*Die Verfassung ist die Grundlage der Gesetzgebung. Die Gesetze und Verordnungen richten sich nach der Verfassung und nicht umgekehrt. Bei der freien Schulwahl geht es um einen Grundsatzentscheid und um ein allgemeines Bürgerrecht. Der Landrat wird in einem demokratischen Prozess die geeigneten gesetzlichen Grundlagen zur Umsetzung dieses Bürgerrechts schaffen. Mitglieder des Initiativkomitees sind gerne bereit, bei der Planung mitzuarbeiten.*

#### 2. Die Privatschulindustrie

Hinter dem Anliegen der *elternlobby schweiz* stehen die finanziellen Interessen der organisierten schweizerischen Privatschulindustrie. Das ist nicht verboten, aber man sollte es wissen.

*Wir vertreten nicht die finanziellen Interessen der Privatschulindustrie. Dies zeigt sich schon allein darin, dass gewinnorientierte Schulen unsere Initiative nicht unterstützen. Die meisten nichtstaatlichen Schulen in der Schweiz gehören nicht zu einer „Industrie“, sondern arbeiten mit viel Idealismus und äusserst knappen finanziellen Mitteln an der öffentlichen Bildungsaufgabe mit. Die elternlobby vertritt allein die Interessen von Erziehungsberechtigten und Kindern aus allen Schichten der Bevölkerung.*

*Von einer freien Schulwahl würden alle Eltern profitieren, da bei Annahme der Initiative auch die zurzeit rund 95 Prozent der Erziehungsberechtigten unter den verschiedenen Staatschulen frei wählen könnten. Hinter dem Anliegen der elternlobby steht die Forderung nach einem vielfältigen Bildungsangebot, welches für alle Kinder zugänglich sein soll. Wenn Eltern bewusst eine Schule wählen, stehen sie hinter der Lehrerschaft.*

#### 3. Integrationsprobleme verschärft

Die Probleme der Integration werden mit der Initiative nicht behoben, sondern verschärft. Nach kürzester Zeit würde es Premium- und Restschulen geben, und die "freie Schulwahl" bestünde dann weitgehend darin, dass die Schulen ihre Schülerinnen und Schüler auswählen. Sozial ein Eigentor: Die Regelungen, die sich die Initianten vorstellen, laden zur erfolgreichen Umgehung durch reiche und bildungsnahe Eltern direkt ein.

*Das oben beschriebene Szenario beschreibt die heutige Situation an den Volksschulen. Die Probleme mit der Integration nehmen mit dem heutigen System laut Studie des statistischen Amtes BL 2006 seit Jahren zu. Ganz krass ist dies auf der Sekundarstufe 1: Unterschichtkinder und solche mit Migrationshintergrund besuchen vorwiegend das Niveau A,*

die ändern die Niveaus E und P! Von den Gymnasiasten stammen 7% aus der einkommensmässig unteren, 93% aus der oberen Hälfte der Bevölkerung.

Mit der finanziellen Einschränkung bei der Schulwahl werden die Entmischung und eine Zweiklassengesellschaft im Bildungswesen gefördert, wie in den USA. Mit der freien Schulwahl wird diesem Trend entgegengewirkt und gerade Migranten und bildungsferne Schichten würden laut Bildungsforschung am meisten von der Schulwahl profitieren, siehe nordische Länder! Restschulen entstehen, wenn sich nur finanzstarke Eltern aus diesen „loskaufen“ können, die anderen aber nicht. **Integration heisst aber für uns, allen Schichten der Bevölkerung das Menschenrecht der Schulwahl zu ermöglichen** (UNO-Menschenrechtserklärung Art.26/3 „Die Eltern haben ein vorrangiges Recht, die Art der Bildung zu wählen, die ihren Kindern zuteil werden soll.“) Aus guten Staatsschulen werden keine Restschulen.

#### 4. Finnland und Holland na ja

Finnland ist angesichts seines ganz geringen Ethnienproblems kein taugliches Vergleichsland. Die "Integration" in Holland darf angesichts der dramatischen jüngsten Entwicklungen als gescheitert gewertet werden. Gescheitert ist auch der Versuch, Schulen über Bustransporte von Schülerinnen und Schülern zu mischen.

**Kein Land mit Schulwahl hat diese je wieder abgeschafft. Alle diese Länder schneiden, was Leistung und Chancengleichheit anbelangt, besser als die Schweiz ab.**

**In Finnland hat sich die Qualität der kommunalen Schulen** seit Einführung (1991) der freien Wahl auch zwischen den einzelnen Schulhäusern **verbessert**. 80% der Kinder besuchen immer noch das nächstgelegene Schulhaus.

In den **Niederlanden ist der Leistungsunterschied** zwischen einheimischen Schülerinnen und Schülern und solchen mit Migrationshintergrund **deutlich geringer als in der Schweiz**. Einwanderer können ihre Kinder, wenn sie wollen, auch in „weisse Schulen“ anmelden. Einwandererkinder und Kinder aus bildungsfernem Elternhaus erhalten eine höhere Pro-Kind-Pauschale als andere Kinder. Die höhere Pro-Kind-Pauschale ermöglicht den vorwiegend „Schwarzen Schulen“, Hilfslehrkräfte einzustellen und speziell auf die Bedürfnisse der Kinder einzugehen.

#### 5. Ein unanständiger Vorwurf

Die Ablehnung dieses Unternehmens gründet nicht auf "Angst vor Machtverlust und vor mehr Verantwortung", wie immer behauptet wird. Mit diesem nicht ganz anständigen Vorwurf stellt die *elternlobby* den unter schwierigen Bedingungen arbeitenden Lehrerinnen und Lehrern ein sehr ungerechtes Zeugnis aus. Umgekehrt werden ja auch keine Vermutungen darüber angestellt, warum sich gewisse Eltern für gewisse Privatschulen entscheiden.

*Ob Personen, seien es Lehrkräfte, Behördenmitglieder oder Politiker, Angst vor der Bildungsvielfalt und der freien Schulwahl haben, weiss jeder Einzelne selber und wenn ja, auch warum. Mehr Freiheit bedeutet auch mehr Verantwortung und Mitgestaltungsrechte und das kann Angst machen. Unterrichtsfreiheit, Eigenverantwortung und Selbstverwaltung widerspricht einem planwirtschaftlichen monopolistischen Betrieb. Wenn eine Schule gut ist, brauchen die Lehrpersonen keine Angst zu haben, dass ihnen die Kundschaft davon läuft. Wir haben Lehrpersonen erlebt, die sich mehr Eigenverantwortung, mehr Unterrichtsfreiheit und weniger Reglemente wünschen, jedoch häufig vom System gebremst werden. Vermutungen dürfen angestellt werden, warum Eltern eine Schule für ihr Kind bewusst wählen, nur wünschen wir uns mehr Toleranz, wenn Eltern und Kinder verschieden sind und verschiedene Bedürfnisse haben. **Wir Eltern haben die Erziehungs- und Bildungsverantwortung für unsere Kinder bis sie erwachsen sind**, aber nur wenige haben die Wahlfreiheit und das ist ungerecht!*

## 6. Heilsideen lösen Probleme nicht

Die Argumentation der *elternlobby* zeigt sich in erschreckendem Masse frei von Erkenntnissen zu den realen Problemen im aktuellen Schulunterricht. Die Gesellschaft der Schweiz hat, das stellt sich immer deutlicher heraus, schwerwiegende Integrations- und Bildungserfolgsprobleme, die sie ernsthaft und auf lange Jahre hinaus beschäftigen werden. Hauptursache für mangelnden Schulerfolg ist die Herkunft (Migrationshintergrund / Unterschicht) - das sagt auch der Bildungsforscher. Die freie Schulwahl wird deshalb keinen Beitrag zur Behebung dieser Mängel leisten, sondern allenfalls den Einsatz der Mittel, welche für Integration zur Verfügung stehen, auf mehr Heilsanbieter aufsplitten, welche ihre Dienstleistung mit grossem Aufwand (finanziert aus dem ehemaligen Bildungsbudget) bewerben werden. Deshalb muss man sich aber nicht in einen ungenügend durchdachten Aktivismus retten wollen. Die "Lösung" der Initianten wird den Touch einer alle Probleme auf einen Schlag lösen wollenden Heilsidee nicht los.

*Tatsache ist, dass die Heilsidee einer einzigen richtigen Schule für alle, nämlich die Heilsidee des Staatsschulmonopols mit Zwangseinweisung, immer Probleme schafft. Wir wollen ein freiheitliches, vielfältiges, tolerantes und offenes Bildungsangebot für eine pluralistische Bevölkerung.*

*Warum sollten gerade Eltern über die realen Probleme im aktuellen Schulunterricht nicht informiert sein? Traut man den Eltern in der Schweiz ein objektives Urteil nicht zu, weil sie zu ungebildet und unmündig sind und keine Ahnung haben, was in den Schulen läuft? Das wäre wirklich ein schlechtes Zeugnis für die Bildungsqualität in der Schweiz.*

*Hauptursache für mangelnden Schulerfolg der Migrantenkinder ist das jetzige Schulsystem, bei dem gute Bildung immer mehr käuflich wird (teure Nachhilfestunden, käufliche nichtstaatliche Schulen, teurer Wohnort mit EFH ohne Migranten). Dazu kommt die frühe Selektion der Schülerinnen und Schüler in drei entmischte Stände, wobei der unterste Stand (A-Niveau) sehr schlechte Chancen im Berufsleben hat. Der Staat selber fördert die Entmischung und Zweiklassengesellschaft im Bildungswesen.*

*Die Finanzen des Bildungsbudgets bestehen aus den Steuern der gesamten Bevölkerung. Deshalb sollen auch Kinder aus der gesamten Bevölkerung von diesem Bildungsbudget ihren Anteil erhalten. **Jedes Kind hat laut BV Anrecht auf unentgeltlichen Grundschulunterricht.** Bis jetzt haben aber nur die Staatsschulen das gesamte Bildungsbudget für sich in Anspruch genommen und dabei durch Kinder, welche nichtstaatliche Schulen besuchen, jährlich Millionen gespart.*

*Die Schulwahl allein kann nicht alle Probleme der Integration und Entmischung lösen, jedoch verbessern, da wirklich alle wählen können. Es braucht auch städteplanerische Massnahmen für eine bessere Durchmischung der Wohnorte und zusätzliche Mittel, welche jede Schule erhält, die bereit ist, zu integrieren.*

## 7. Regelungen leicht zu unterlaufen

Der die Lizenzen vergebende Staat müsste seine Zulassungsentscheide an transparente Kriterien binden. Es ist nicht zu sehen, wie solche Kriterien, bei scharfsinniger Einrichtung auch von problematischen Instituten nicht erfüllt und die Sicherheitsabsichten damit unterlaufen würden. In jedem Fall wären Konfliktfälle bezüglich Zulassung oder Aberkennung der Zulassung in erheblicher Zahl zu erwarten.

*Die Zulassungsbestimmungen müssen transparent sein und sind es schon heute. In diesem Punkt sind wir mit dem LBV gleicher Meinung. Das Amt für Volksschulen (AVS) macht seine Arbeit gut und hat Richtlinien („Bereich Aufsicht“) erstellt mit Vorgaben, was nichtstaatliche Schulen erfüllen müssen, um eine Betriebsbewilligung zu erhalten. Das AVS besucht nichtstaatliche Schulen regelmässig und erstellt Evaluationsberichte. Punkt 2.1.2 „**Bewilligungsverfahren, Ablauf**“ verlangt, dass nichtstaatliche Schulen „**OFFEN**“ für alle Schülerinnen und Schüler sein müssen. Doch genau diese Forderung kann das AVS bei keiner nichtstaatlichen Schule durchsetzen, weil die staatlich verordnete finanzielle Hürde den Zugang für viele Kinder verhindert.*

#### 8. Bauchlandung für jede Schulentwicklung

Eine Annahme des Verfassungsartikels in Basel-Landschaft hiesse für den Kanton die Bauchlandung für seine sämtlichen Schulentwicklungen. Ein Abfluss von bereits wenigen Prozenten Bildungsetat liesse HarmoS, Frühfremd, Tagesstrukturen und vieles andere de facto hinfällig werden. Zusätzlich handelte sich der Kanton, bei massiv geringeren Mitteln, ein aufwändiges und nie zureichend funktionierendes Kontrollverfahren für die Privatschulen ein. Wieso sollte der Kanton, bei vollem Bildungsetat, seine Mittel nicht besser in eigene Qualitätssicherungsverfahren investieren?

*Bauchlandungen mit Schulreformen von oben verordnet, haben wir mit dem jetzigen System schon genug. **Schulentwicklung muss von unten kommen**, weil nur die am Unterricht Beteiligten wissen, welche Bedürfnisse ihre Kinder haben. Diese Bedürfnisse können je nach Dorf und Quartier verschieden sein und deshalb ermöglicht das fortschrittliche Bildungsgesetz von BL den Schulen sich ein pädagogisches und strukturelles Profil zu geben. Es kann in Zukunft Schulen mit HarmoS-Modell geben, es kann aber auch Gesamtschulen geben ohne Frühselektion, es könnte Ganztageschulen mit Aufgabenbetreuung geben oder Schulen bei denen die Kinder zum Essen nach Hause gehen. **Schulen sollen sich nach den Bedürfnissen der Kinder und Familien richten und diese können verschieden sein.** Erhält eine Schule immer weniger Anmeldungen, weiss sie, dass ihr schulisches Angebot nicht den Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht und kann schnell ihre Schulentwicklung ändern. Es ist ein grosser Irrtum zu glauben, dass alle Kinder und alle Familien genau dasselbe wollen und haben müssen. **Zufriedene Kinder und Eltern sind das beste und billigste Qualitätssicherungsverfahren für eine Schule.***

#### 9. Auch "Gegenvorschläge" untauglich

Deshalb könnten auch allfällige Hybridlösungen, als "Gegenvorschläge" aufgemacht (etwa durch eine Einführung oder Erhöhung der Subventionierung von Privatschulbesuch), die Problematik der sozial- und ethniedingten Chancenungleichheit nicht lösen.

*Eine Hybridlösung müsste ohnehin verfassungskonform sein. **Es geht nicht um Geld, sondern um die uneingeschränkte Wahlmöglichkeit für alle innerhalb der Staatsschulen und innerhalb der nichtstaatlichen Schulen, die offen für alle Kinder sind.** Die Problematik der sozial- und ethniedingten Chancenungleichheit wird durch unseren Verfassungstext gelöst.*

#### 10. Lehrerinnen und Lehrer sind zu stärken

Es geht nicht darum, wie der Bildungsforscher Urs Moser meint, dass die Lehrpersonen "Freiheit und Macht" verlören. Wenn Schule künftig überhaupt eine staatlich erwünschte Funktion übernehmen soll, müssen die Möglichkeiten der Lehrpersonen, dazu die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen und einen erfolgreichen Unterricht durchzusetzen, gestärkt werden. Das verträgt sich nicht mit einem Ausverkauf des Volksschulpotenzials an kommerzielle oder ideologische Wohlfühlanbieter.

***Durch die freie Schulwahl werden Lehrerinnen und Lehrer Kinder unterrichten, die freiwillig bei ihnen sind, weil die Schule und die Lehrpersonen gut sind.** Wenn Eltern bewusst eine Schule wählen, stehen sie stärker hinter der Lehrerschaft als beim Einheitsmodell „Volksschule“ mit Zwangseinweisung und zermürendem Rekursrecht. Wir wollen starke Lehrpersonen, die erfolgreich an jenen Schulen unterrichten können, deren pädagogisches Profil ihren pädagogischen Vorstellungen entspricht. **Je mehr sich die Beteiligten (Lehrkräfte, Schülerinnen, Schüler und Eltern) mit ihrer Arbeit, mit ihren Zielen und ihren Methoden identifizieren, umso effizienter wird der Unterricht** und dies kann nur in einem Klima der freien Wahl geschehen. Wir wollen ein Miteinander und nicht den Ausverkauf der Volksschulen. Wir wollen eine vielfältige Volksschule in staatlicher und nichtstaatlicher Trägerschaft, die offen für alle Kinder ist.*

## 11. Staatspolitisch unklug

Ein derart gravierender Umbau des schweizerischen Schulsystems müsste professionell angegangen werden; es müssten vor allem auch Tests und Versuche gemacht und nachvollziehbar ausgewertet sein. Weder im Initiativtext noch in den Grundlagen der Initianten lässt sich erkennen, dass die *elternlobby schweiz* solche Voraussetzungen und deren Konsequenzen angedacht hätte. So stellt man einen funktionierenden Betrieb einfach nicht auf den Kopf. In dieser Form ist die Initiative ein Schuss in den Ofen, fernab von jeder Professionalität, wie sie an den Staatsschulen gepflegt wird. Es dürfte nicht der staatspolitischen Klugheit des Soveräns entsprechen, sich auf ein so ungesichertes Unternehmen einzulassen.

*Tests, Versuche und Auswertungen im Inland können erst gemacht werden, wenn die Voraussetzungen geschaffen werden. Mitglieder der elternlobby haben verschiedene Länder mit freier Schulwahl und Bildungsvielfalt besucht und verschiedene Möglichkeiten zu deren Umsetzung gesehen. Wir geben gerne anhand praktischer Beispiele Auskunft, die übernommen oder in abgeänderter Form auf die Bedürfnisse in BL angepasst werden können. Wir sind auch bereit, bei der Neugestaltung mitzuarbeiten. **Die Erfahrungen im Ausland zeigen, dass ein System mit freier Schulwahl funktioniert.***

*Die Geschäftsleitung des LVB spricht selber von Chaos an den Staatsschulen, kann es da erstaunen, wenn Erziehungsberechtigte ihre Kinder in eine andere Schule schicken? In einer 2006 durchgeführten repräsentativen Umfrage sagten 68% der Befragten, dass „**die staatliche Schule in ihren Strukturen zu eingefahren ist, um sich den geänderten Bedürfnissen schnell anpassen zu können**“. Der Ruf nach einer grösseren Flexibilität des Systems hat sich in fast allen Bevölkerungsgruppen verstärkt.*